

# ERMURDERTEN

NO 7



THEMA UNTERSTÜTZUNG STATT MISSTRAUEN

AMADEU ANTONIO STIFTUNG  
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

## NAZITERROR IST ALLTAG



Von Anetta Kabane

Die Verbrechen von Oslo und Utøya haben dieses Jahr zerrissen. Ein Verrückter ermordete achtzig Menschen, weil er fand, das Land Norwegen würde »überfremdet«. Eine schreckliche Tat, die mich schockiert und aus der Bahn geworfen hat. Sie war in ihrer Brutalität eine Zäsur, ein tiefer und schmerzender Schnitt im Selbstverständnis unserer modernen, aufgeklärten Lebensweise. In Norwegen ist es gelungen, das Land nach dieser Tat zu einen und klar zu machen, dass Rassismus dort keinen Platz hat. So pathologisch die Morde waren, sie geschahen in einem Klima von Hass und Abwertung gegenüber Einwanderern, das inzwischen überall zu spüren ist. Nazihorden, Rechtspopulisten, mal mit mehr, mal mit weniger Bereitschaft auch zu töten, gehören inzwischen zu Europa.

### Nichts wird so geleugnet wie Rassismus

Und was erleben wir in Deutschland? Neonazis konnten viele Jahre lang unentdeckt Menschen ermorden. Und gerade weil die Opfer Einwanderer waren, fiel es nicht auf, dass es hier um Rassismus ging. Denn in Deutschland wird nichts so verdrängt und geleugnet wie Rassismus. Erst als zwei der Täter sich umgebracht haben, ist das ganze Maß an gesellschaftlichem und politischem Versagen nach und nach klar geworden. Die Sicherheitsbehörden, die Politik und die Öffentlichkeit wollten nicht wahr haben, was sich in Deutschland zusammengebraut hatte: eine militante Naziszene, die nicht nur zufällig sondern auch gezielt tötet. Was ist hier los in Europa, was geschieht hier? Wir leben in

einer Zeit, die globalisierter und damit auch kosmopolitischer wird. Einwanderung und Patchworkstaatsbürgerschaft oder -herkunft bestimmen jetzt schon den Alltag. Unsere Demokratien müssen sich darauf einstellen und die Zukunft entsprechend gestalten. Sie müssen in erster Linie klar machen, dass es kein WIR und DIE durch Herkunft und Hautfarbe mehr geben kann. Es gibt nur noch Menschen, die in einer demokratischen Kultur leben wollen und es gibt die Feinde der Demokratie, beides ist unabhängig von Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Norwegen hat auf die Morde mit Würde reagiert. Der Ministerpräsident hat klar gemacht, dass mit den Ermordeten alle Norweger angegriffen wurden. Und dass es bei Rassismus kein wenn und aber gibt.

### Eine Gesinnungsbewegung, die Täter schützt

Und in Deutschland? Nach der Mordserie der Zwickauer Zelle gab es hier ebenfalls Entsetzen. Für einen Augenblick ist klar geworden, was hier im Alltag geschieht. Tag für Tag, Jahr für Jahr gibt es Opfer rechter Gewalt. Rechtsextremismus ist zu einem Phänomen geworden, das sich tief in die Gesellschaft eingegraben hat. So tief, dass es offenbar übersehen werden konnte, so selbstverständlich, dass es offenbar nicht wahrgenommen wurde und historisch so nah am bösesten Erbe Deutschlands, dass es nicht ernst genommen wurde. Es war eben nicht das Trio allein, das mordend durchs Land zog. Es ist eine Gesinnungsbewegung, durch die diese Täter getragen und geschützt wurden. Jeden Tag werden Einwanderer überfallen, ihre Gewerbe abgepackelt, ihre Kinder verprügelt. Ebenso Jugendliche, die zeigen dass sie gegen Nazis sind. Die Amadeu Antonio Stiftung sammelt diese Fälle. Bisher sind nach unserer Zählung 182 Menschen aus rassistischen und rechtsextremen Gründen ermordet worden. Die Zeitungen haben immer wieder berichtet von den Zuständen in manchen Regionen. Wir haben es immer wieder beklagt. Wieso also konnte es damit weitergehen?

### Es geht nicht um Image

In Jena fand gerade das größte Rock-gegen-rechts-Konzert seit dem Fall der Mauer statt. 50.000 Menschen waren da, stellvertretend für diejenigen, denen Rechtsextremismus nicht egal ist. Udo Lindenberg hatte das Konzert in Gang gebracht; die Amadeu Antonio Stiftung hat dabei geholfen. Die Nazis wegrocken – das ist gut. Doch das Feiern war mit Schmerz und Bitterkeit vermischt. Schmerz wegen der Opfer, die so traurig machen, dass ich mich nur bedingt über die tolle Stimmung freuen konnte. Und Bitterkeit, weil wir Initiativen fürchten, dass dies nur ein kurzer Aufschrei sein könnte und hinterher alles wieder so ist wie immer. Auch etwas anderes lastete düster über diesem Ereignis: In den Reden verschiedener Politiker, die auf die Bühne traten, ging es immer auch um das Image. Auf gar keinen Fall sei die Region mit den Nazimördern in eins zu setzen. Selbst wenn sie hier gelebt hätten, selbst wenn ihre Unterstützer von hier kamen und die Nachbarn nichts gemerkt hatten: Das Image dürfe nicht beschmutzt werden. Wer das tue, der sei schlimmer als alles Ignorieren und Verdrängen des Rechtsextremismus. So war die Gefühlslage, die sich in tosendem Beifall manifestierte, als Redner dem Publikum bescheinigten: »Jena sei nicht braun, Thüringen nicht und auf gar keinen Fall der Osten«. Je größer die Abwehr schmerzlicher Realitäten, desto frenetischer der Applaus. Und genau in diesem Applaus lag der Misston: Die Menschen hätten dem Image besser gedient, wäre das verdrängende Gerede als das empfunden worden, was es ist: eine zutiefst unanständige Reaktion auf den Tod von Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft von Nazis ermordet wurden. Egal woher sie kamen, ganz gleich wer alles versagt hat. Unsere Initiativen, die seit Jahren gegen Naziterror und sein Verdrängen arbeiten, brauchen jetzt nicht nur anerkennende Worte. Sie brauchen Unterstützung aus der Gesellschaft und kein Schönreden, sondern Ihre Solidarität damit sie von der Imageangst unabhängig ihre wichtige Arbeit leisten können.



Mehr als 70 bunte Projekte

3



»Von der Hand in den Mund«

4



»Mehr Alltagsdemokratie wagen«

6



Nachgefragt bei: Sibylle Berg

8

## Mehr als 70 bunte Projekte gegen Nazis in 2011

**Wir freuen uns, mit den Spendenmitteln dieses Jahr die tollen Jugendlichen zu unterstützen, die in Rathenow ein Festival gegen Neonazis organisiert haben. Oder das Bürgerbündnis Quedlinburg, das sich gegen den Einzug der NPD in die Parlamente engagiert hat. Genauso wie über die Schulen in Berlin oder Baden-Württemberg, die mit ihren Schülerinnen und Schülern zusammen gegen Rassismus und Antisemitismus arbeiten.**

Im Zuge der »Extremismusklausel« und immer knapper werdenden finanziellen Mitteln im Bereich der Rechtsextremismusbekämpfung erlebte die Stiftung in diesem Jahr einen wahren Ansturm an Projektanträgen. Daraus die förderungswürdigsten und notwendigsten herauszusuchen, ist nicht immer leicht. Vor allem weil wir uns einem verantwortungsvollen Umgang mit Spenden verpflichtet fühlen.

Fast 200 Spenderinnen und Spender haben die Arbeit der Stiftung bis jetzt (Stand: 21.11.) mit insgesamt 165.139,41 Euro unterstützt und damit überhaupt erst ermöglicht. Die Spenden für die Förderung von kleinen Projekten und Initiativen machten dabei mit 125.475,90 Euro den größten Anteil aus. Für das Neonaziaussteigerprojekt EXIT im Rahmen der stern-Aktion »MUT gegen rechte Gewalt« wurde ein Betrag von 25.935 Euro gespendet. »MUT gegen rechte Gewalt« erhielt darüber hinaus 4.842,51 Euro an Spenden. Die Kampagne »Kein Ort für Neonazis« wurde mit 5.866 Euro bedacht, der Opferfonds CURA mit 3.020 Euro

Insgesamt konnten mehr als 70 Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für eine demokratische Kultur einsetzen, durch die Spenden gefördert werden. Der Förderschwerpunkt liegt hier nach wie vor auf Initiativen, die sich dort gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus einsetzen, wo es sonst niemand tut. Besonders am Herzen lag uns in diesem Jahr die Förderung von Schulprojekten, denn die Mittel für demokratiefördernde Projekte in Schulen sind oft knapp bemessen. Dabei sind diese Projekte von unschätzbarem Wert – schließlich bildet die Schule für Kinder und Jugendliche einen wichtigen Sozialisationsraum.

### Hector-Peterson-Schule Berlin

<So konnten wir zum Beispiel die Hector-Peterson-Schule in Berlin bei einem Projekt zur Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit historischem und aktuellem Rechtsextremismus unterstützen. An der Hector-Peterson-Schule befindet sich eine Gedenktafel, welche an vier Lehrer/Innen erinnern soll, welche von den Nazis entlassen, verfolgt und ermordet wurden. Vielen Schülerinnen und Schülern ist die Bedeutung der Tafel nicht bewusst gewesen – so entstand

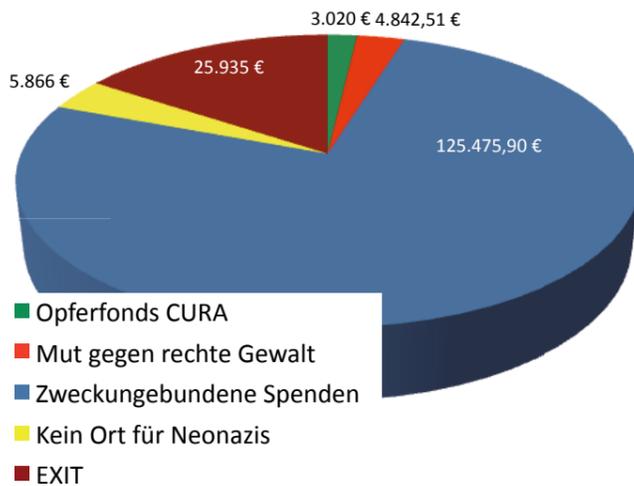
die Idee, ausgehend von der Tafel, eine Gedenktour durch Berlin Mitte zu machen, um den Schülerinnen und Schülern so den Rassenwahn und Antisemitismus des Nationalsozialismus vor Augen zu führen. Interessant an diesem Projekt ist, dass die Schülerinnen und Schule alle einen Migrationshintergrund haben, vor allem beim Antisemitismus konnte so auf nicht nur in Deutschland herrschende Stereotypen eingegangen werden. Ein weiteres Schulprojekt, das wir in diesem Jahr unterstützten, war »Kinder in Theresienstadt« der Arbeitsgemeinschaft Geschichte der Dietrich-Bonhoeffer-Schule in Weinheim.

### »Aktion Ladenschluss«

Die Kampagne »Aktion Ladenschluss« des Friedenskreises Halle e.V. verdient ebenfalls besondere Erwähnung. Sie thematisiert die Bedeutung von beliebten Neonazimarken. Die Initiative konzentriert sich dabei konkret auf die Aufklärung der lokalen Bevölkerung über den Laden »Oseberg« im Zentrum der Stadt Halle (Saale). Durch Workshops zum Thema »Thor Steinar und neonazistisches Gedankengut« konnten ungefähr 340 Jugendliche an mehreren Schulen in und um Halle erreicht werden. »Viele Jugendliche sind ins Nachdenken gekommen. Wir hatten auch einige »Thor Steinar«-Träger bei den Workshops – die meisten von ihnen wissen schon ziemlich genau, was sie da tragen. Aber vor allem die jüngeren Träger in der achten und neunten Klasse machen sich nicht sehr viele Gedanken darüber, insofern hoffen wir natürlich diese noch zu erreichen«, resümiert Sandra vom Friedenskreis Halle e.V.

Damit wir solche und ähnliche Projekte auch zukünftig unterstützen können, sind wir auch 2012 auf Ihre Spenden angewiesen. Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Von Felix Fischaleck



## Mit Großmama gegen GMF



Das Projekt »Chancengleichheit für alle! Ausbildung von Vielfalt- und Gleichwertigkeitscoaches« unterstützte mehr als 30 Jugendliche aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in ihrem Einsatz für Vielfalt und Gleichwertigkeit. Dem Projekt liegt das relativ neue Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) zugrunde. Im Rahmen des Projekts entstand eine Comic-Flyerreihe, die auf witzige, jugendgerechte Art die Elemente des Konzepts erklärt. Die Flyer können von der Seite [www.living-equality.org](http://www.living-equality.org) runtergeladen werden.

## Fachstelle »Gender und Rechtsextremismus«



Die Amadeu Antonio Stiftung hat eine Fachstelle zum Thema »Gender und Rechtsextremismus« eingerichtet. Diese hat sich zum Ziel gesetzt Problematiken um geschlechtliche Rollenbilder in der rechten Szene sowie die breite Zustimmung in der Bevölkerung oder um Frauen als Trägerinnen rechter Ideologien mehr in die Öffentlichkeit zu rücken. Auch konkrete Praxisprojekte wie beispielsweise die Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen unter wissenschaftlicher Begleitung werden entstehen. So liegt der Fokus auf einem Austausch zwischen wissenschaftlicher Theorie und praktischer Arbeit.

## no-nazi.net – Für Soziale Netzwerke ohne Nazis



Am 1. November ging unser neues Projekt mit seinem Blog [no-nazi.net](http://no-nazi.net) online. Das Projekt richtet sich speziell an Jugendliche Userinnen und User von sozialen Netzwerken im Internet. Sie werden dabei unterstützt, auf menschenfeindliche Inhalte in ihren Netzwerken zu reagieren, ohne sich selbst zu gefährden. Es werden Gruppen in den Lieblingsnetzwerken der Jugendlichen angeboten, in denen mithilfe von Videos, Grafiken, Fotostories, Umfragen und Quizzes »Gute Ideen gegen Nazis« erarbeitet werden.

## »Ein Konzept gegen Antislawismus«

In dem Projekt »perspektywa« werden Multiplikatoren in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen für das Problem der Polenfeindlichkeit sensibilisiert und es werden Möglichkeiten erarbeitet, wie dagegen vorgegangen werden kann. Zum Thema Polenfeindlichkeit interviewten wir Petra Lidschreiber. Sie leitet die Redaktion Mittel- und Osteuropa des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und ist Mitglied des Stiftungsrates der Amadeu Antonio Stiftung. Zuvor war sie Chefredakteurin beim RBB. Als ARD-Korrespondentin war sie in New York und Bonn tätig.



*Polen und die Polen werden immer noch mit »Diebstählen« und »Verbrechen«, »günstigen Preisen« und »Rückständigkeit« in Verbindung gebracht. Warum, glauben Sie, halten sich diese Vorurteile so hartnäckig?*

Ich fürchte, Vorurteile halten sich länger als die positiven Erinnerungen. Und zu denen gehört zum Beispiel, dass die Polen im neunzehnten Jahrhundert Hoffnungsträger waren. Als die polnischen Revolutionäre und Freiheitskämpfer nach Deutschland flohen wurden sie mit offenen Armen empfangen. In Sachsen, in Berlin und in Bayern stehen immer noch Denkmäler. Das ist dann in Vergessenheit geraten als der Staat seinen nationalen Mythos geschaffen hat.

*Daher kommen auch sehr viele der Nachnamen, welche man heute sieht, nicht wahr?*

Richtig, in Berlin heißt jeder Zweite Kowalski oder Landowski. Aber länger wirkt das Vorurteil des Antislawismus nach. Mit diesem sind die jungen Männer am 1. September 1939 über die Grenze gegangen um Polen zu überfallen. Dies konnten sie auch, weil sie gelernt hatten, das seien »Untermenschen« und dieses schreckliche Bild hat sich leider bis heute unbewusst erhalten.

*Polen fällt mit den geringsten durchschnittlichen Sympathiewerten in Umfragen bei den Deutschen deutlich aus dem Rahmen der Nachbarländer. Auf einer Skala von +5 bis -5 ergab sich beispielsweise für Frankreich ein durchschnittlicher Sympathiewert von 2,6 bei den Ostdeutschen, während Polen auf 0,37 kommt. Woher kommt das und was kann man dagegen machen?*

Der ehemalige polnische Außenminister Rotfeld hat mal gesagt, die Deutschen haben gegenüber Frankreich ein kulturelles Unterlegenheitsgefühl und gegenüber Polen ein Überlegenheitsgefühl. Da kommen wir wieder zum Antislawismus zurück. Wir haben ein Konzept Antisemitismus, d.h. wir bemerken ihn, hören ihn, wenn jemand sich antisemitisch äußert oder benimmt. So ein Konzept haben wir beim Antislawismus nicht. Wir müssen es ähnlich entwickeln und alle Sinne schärfen und wann immer wir ihn hören, sehen und ihm begegnen, sagen »Nein! So nicht!«

*»Kowalski trifft Schmidt«, die Sendung beim RBB, beschäftigt sich mit dem Alltag in Deutschland und Polen. Wie kam es zu dem Sendungsformat und wie reagieren die Zuschauerinnen und Zuschauer?*

Das ist eine schöne Frage, weil es so eine positive Antwort darauf gibt. Die Zuschauer reagieren außerordentlich positiv, schalten treu und hartnäckig und mit hoher Beteiligung die Sendung ein. Es gibt ja trotz allem was wir jetzt besprochen haben eine große Polenfangemeinde in Deutschland. Die gab es in der DDR, die gab es in der Bundesrepublik. Also das historische Langzeitgedächtnis ist nicht nur negativ besetzt. Gegründet wurde die Sendung 1993 von meiner Vorgängerin Geri Nasarski, die sagte »Das ist unser Nachbarland, wir haben die lange Grenze damit. Wir müssen doch irgendetwas tun, um diese Verständnislosigkeit zu unterbrechen!«. Und da wurde die Sendung in die Welt gesetzt.

Vielen Dank für ihre Zeit und das Interview.

Das Interview führte Fabian Sieber.

# Von der Hand in den Mund

## Der Kampf gegen Neonazismus ist der Kern der deutschen Demokratie



Heribert Prantl. Foto: André Karwath aka Aka, cc

Verfassungsschutz ist nicht (oder nicht nur) das, was sich in Bundes- und Landesbehörden dieses Namens etabliert hat. Das ist der amtliche Verfassungsschutz. Der vitale Verfassungsschutz lebt in den bürgerschaftlichen Initiativen und Projekten. Dieser zivilgesellschaftliche Verfassungsschutz braucht keine geheimdienstlichen, in die Grundrechte eingreifenden Ermittlungsmethoden, wie sie die Anti-Terror-Gesetzespakete dem amtlichen Verfassungsschutz gegeben haben. Zivilgesellschaftlicher Verfassungsschutz braucht viel mehr: er braucht den Mut der Bürgerinnen und Bürger. Zivilgesellschaft ist gebündelte Zivilcourage. Zivilcourage ist es, den Opfern neonazistischer Gewalt zu helfen, sie zur Polizei zu begleiten, das Feld nicht denen zu überlassen, die sich »Sturmfront« oder »White Power« ans Autofenster kleben. Es ist bitter, wenn die Initiativen gegen Neonazis finanziell von

der Hand in den Mund leben müssen. Sie haben die Gefahren, die von ihnen ausgehen, besser erkannt als der amtliche Verfassungsschutz.

Jahrzehntlang war es nämlich in Deutschland amtlich wie folgt: Linksextremisten galten als intelligent und daher gefährlich, Rechtsextremisten als blöd und daher ungefährlich. Die deutsche Sicherheitspolitik war erst auf den RAF-Terrorismus fixiert, dann auf den fundamentalistischen Islamismus. Die Umtriebe der Rechtsextremisten dagegen wurden als pubertäre Prahlerei und als brauner Klamauk abgetan – bis die Blödheit mörderisch wurde und über dem Land zusammenschlug.

Seit 1980, seit dem Bombenattentat auf dem Münchner Oktoberfest, dem schlimmsten Attentat der deutschen Nachkriegsgeschichte mit 13 Toten und 211 Schwerverletzten, lebt die Einzeltäter-Theorie und wird bei jedem rechtsextremistischen Anschlag wiederholt. Als in den neunziger Jahren die Ausländerheime brannten, sah Bundeskanzler Kohl in den Feuermorden ein Indiz für die allgemeine Zunahme von Gewalt. So wurde dem rechtsextremen Terror seine besondere Dimension der Gefährlichkeit genommen. Nach der Serie von Neonazi-Morden steht sie diese Gefährlichkeit nun auf einmal jedem vor Augen. Das Erschrecken und Entsetzen ist groß.

Es wäre gut gewesen, man wäre früher erschrocken und früher entsetzt gewesen. In den neunziger Jahren hätte die deutsche Innenpolitik vor sich selber erschrecken müssen. Wenn heute gefragt wird, woher denn der Ausländerhass kommt – damals hat die Politik mit gesät. Damals wurde das Flüchtlingsproblem auf einen Paragraphen und auf eine Botschaft reduziert: Wer den Artikel 16 Absatz 2 Grundgesetz ausschaltet, der schaltet das Flüchtlingsproblem aus; wer das Asylgrundrecht beseitigt, der rettet das Vaterland. Diese Predigt trug nicht wenig zur Popularisierung fremdenfeindlichen Orientierungen, zur Entstigmatisierung rechtsextremen

Gedankenguts, zur Ausbreitung eines neuen Feindbildes bei der Asylbetrüger, der Einwanderer, der Ausländer überhaupt. Ausländer wurden zum Angstgegenstand – und dieser wurde dem Volk zur Affektabfuhr hingelegt. Die Politik glaubte, die Affekte steuern zu können, indem sie das Asylgrundrecht zum Symbol für eine angebliche »Überfremdung« machte und die öffentliche Zerschlagung dieses Symbols ankündigte. Die rechtsextremen Gewalttäter aber ließen sich davon nicht bremsen und erschlugen und verbrannten die Schutzbefohlenen des verhassten Grundrechts. So war das in den neunziger Jahren. So war das, bevor dann die nun entdeckte Neonazi-Bande mit dem Morden begann.

Der Antisemitismus ist nicht ein Problem für die Juden. Der Rechtsextremismus ist nicht ein Problem der türkischen Minderheiten. Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sind ein Problem der deutschen Gesellschaft. Und der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gehört zum Kern der deutschen Demokratie. Dieser Kampf kann sich nicht in Paragraphen und V-Leuten, in den Aktivitäten des Verfassungsschutzes, der Polizei und der Justiz erschöpfen. Dieser Kampf wird nicht erfolgreich sein ohne den Geist der Aufklärung.

Die Demokratie braucht nicht unbedingt ein NPD-Verbot, der türkischstämmige Neubürger braucht es womöglich schon. Die Opfer von Ausländerhass sind nicht so stabil und nicht so robust wie die deutsche Demokratie. Die deutsche Demokratie ist nicht so leicht umzubringen; der einzelne Mensch schon. Ihm hilft es nichts, wenn nur in Podiumsdiskussionen gescheit über die Stärke des Staates diskutiert wird. Der Kampf gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus fordert alle Staatsgewalten – und die ganze Gesellschaft.

Von Prof. Dr. jur. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung

## Ländlicher Raum im Fokus

Arbeitslosigkeit, Abwanderung, schlechte schulische und medizinische Versorgung – in strukturschwachen ländlichen Regionen sieht sich die Demokratie oft besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Wie die demokratische Kultur im ländlichen Raum gestärkt werden kann, erkundet ein neues Modellprojekt der Amadeu Antonio Stiftung.

Wenn in den überregionalen Medien über Politik berichtet wird, stehen fast immer größere Städte im Mittelpunkt. Nur selten finden die spezifischen Probleme von ländlichen Regionen Erwähnung. Die Herausforderungen sind meist ähnlich: Hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sowie schlechte schulische und medizinische Versorgung. Gleichzeitig ist die politische Kommunikation vor Ort mangelhaft: Zunehmend werden im ländlichen Raum Gemeinden zusammengelegt, was bedeutet, dass wichtige Institutionen vor Ort – wie Bürgerämter, Schulen oder Kirchen – mitunter fehlen. Ein weiteres Problem stellt die kaum vorhandene demokratische Meinungsvielfalt in den Kommunen dar. Und die Personen, die nicht der Mainstream-Meinung folgen, werden oft angefeindet – insbesondere dann, wenn sie ursprünglich nicht aus der Region stammen. Umso wichtiger ist es, dass die Medien ein pluralistisches Meinungsspektrum anbieten. Jedoch beziehen in ländlichen Regionen, insbesondere im Osten Deutschlands, nur noch wenige Haushalte Tageszeitungen. Dieses Kommunikationsvakuum versuchen in den letzten Jahren verstärkt Populisten und Neonazis zu füllen. Sie inszenieren sich als »Kümmerer« und Anwalt des Volkes, indem sie Bürgerfeste organisieren und Gratiszeitungen verteilen – allein in Thüringen gibt die NPD neun Gratiszeitungen heraus.

### »Inklusive Medien- und Kommunikationsstrategien im ländlichen Raum«

Mit dem Modellprojekt entwickelt die Amadeu Antonio Stiftung neue Formen demokratischer Kommunikation und unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen »Der ländliche Raum wurde bisher vernachlässigt. Durch das Projekt und die wissenschaftliche Begleitung wollen wir herausfinden, was die Leute im ländlichen Raum wirklich wollen«, sagt die Projektleiterin Swantje Tobiassen von der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird in den Landkreisen Teltow-Fläming (Brandenburg) und Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) starten – beides Regionen mit



starken Neonazi-Strukturen. Partner sind die Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« und »schloss bröllin e.V.«. Angepasst an die Bedürfnisse vor Ort wird mit wissenschaftlicher Unterstützung untersucht, wie der Bedarf an Austausch, Partizipation und demokratischer Teilhabe in strukturschwachen ländlichen Regionen am besten umgesetzt werden kann.

### »Zossen zeigt Gesicht«

»Wir wollen in unserer Stadt eine neue Form des Miteinanders etablieren«, erklärt Hagen Ludwig von »Zossen zeigt Gesicht«. Zwei Vorhaben seien für die Initiative zentral: Zum einen eine Zeitung, die sechsmal im Jahr erscheinen soll. Durch Befragungen und Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, wird in Erfahrung gebracht, welche Themen für Zossen ganz oben auf der Agenda stehen. Zum anderen rückt der öffentliche Raum in den Fokus – insbesondere der so genannte Kraut- und Rübenmarkt, ein regelmäßig stattfindender Markt, bei dem Zossenerinnen und Zossener ihre einheimischen Erzeugnisse einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Der Grundgedanke ist auch hier, den Neonazis nicht das Terrain zu überlassen. »Durch das Projekt werden wir neue Ideen entwickeln, wie sich Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum besser einbringen können«, so Hagen Ludwig.

### »schloss bröllin e.V.«

»schloss bröllin e.V.« ist ein Verein, der sich insbesondere mit Kunstproduktion und -forschung sowie mit Kulturarbeit und soziokultureller Jugendarbeit beschäftigt. Bei dem Kunstprojekt »held/in\_dorf« werden Bürgerinnen und Bürger nach »Heldenfiguren« befragt – nach Personen, die in der Region eine Vorbildfunktion einnehmen. Aus den Interviews entsteht dann eine Toncollage, die in einem Reisebus an den jeweiligen »Heldenorten« abgespielt wird. Das Projekt der Amadeu Antonio Stiftung sei für den Verein und die Region »eine Riesenchance«, so Katharina Husemann von »schloss bröllin e.V.«. Vor allem die Langfristigkeit und die fachliche Unterstützung bieten die Chance für eine nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel »einer gegenseitigen Befruchtung von Kunst und Region«.

Durch die Heterogenität der beiden Projektpartner und der Regionen wird der Tatsache Rechnung getragen, dass es den ländlichen Raum nicht gibt. Gleichzeitig wird es dadurch möglich, Strategien für verschiedene ländliche Strukturen herauszuarbeiten und daraus Schlussfolgerungen für die Demokratieentwicklung im ländlichen Raum zu ziehen. Denn, deren Stärkung ist dringend geboten.

Von Felix Fischaleck

## »Mehr Alltagsdemokratie wagen«

**Gerade erschien das Buch »Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation« von Prof. Dr. Roland Roth. Wir sprachen mit ihm über mehr Demokratie und Partizipation im ländlichen Raum. Ihr Buch erschien kurz nach den Wahlen in Me**

*cklenburg-Vorpommern. Die Wahlbeteiligung lag bei niedrigen 51,1 Prozent. Hat das etwas mit der ländlichen Struktur Mecklenburg-Vorpommerns zu tun?*



Es ist so, dass die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland in der Regel niedriger ist. Es gab gar Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt mit einer Beteiligung von unter 40 Prozent. Das liegt daran, dass die üblichen politischen Strukturen, besonders die Parteien, nicht so verankert sind. In dieser Situation können Rechtsextreme besser punkten. Dieses Phänomen lässt sich aber nicht auf Ostdeutschland beschränken. Die

Wahlbeteiligung ist seit den 1970er Jahren auch im Westen rückläufig. Die Volksparteien repräsentieren nur noch kleiner werdende Teile der Bevölkerung. Aber das demokratische Engagement ist nicht rückläufig, sondern es hat sich nur verlagert. In Ost- und Westdeutschland geht es um mehr direkte Beteiligung, in Bürgerinitiativen, Bürgerentscheiden und ähnlichem.

*Sie schreiben auch, dass die Regierungspraxis Tendenzen einer autoritären Staatlichkeit aufweist, was sich zum Beispiel durch die »Demokratieerklärung« äußert. Sind das zwei Seiten einer Medaille?*

So ist es. Parteien sollen der Idee nach für die Willensbildung von unten nach oben sorgen und sind laut Grundgesetz der innerparteilichen Demokratie verpflichtet. Wer heute in eine Partei eintritt macht häufig die Erfahrung, dass kleine Führungsgruppen von oben nach unten bestimmen. Parteien

wirken heute als Verstärker für kleine Führungseliten. Ich beziehe mich deshalb häufig auf Colin Crouchs Begriff der »Postdemokratie«. Für sie ist unter anderem kennzeichnend, dass wichtige Entscheidungen nicht demokratisch, sondern von einflussreichen Zirkeln in Hinterzimmern ausgehandelt werden. Der Umgang mit der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise belegt diese Tendenz. So musste bei uns selbst die Parlamentsbeteiligung vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt werden. Wenn ein griechischer Ministerpräsident auch noch auf die Idee kommt, das Volk selbst über die radikalen Sparauflagen abstimmen zu lassen, geht ein Aufschrei durch die politische Landschaft und er muss abtreten. Aber auch der politische Normalbetrieb funktioniert nicht mehr überzeugend. Wir erleben einen demokratischen Substanzverlust, der Wasser auf die Mühlen von rechtspopulistischen Gruppierungen liefert. Es ist kein Zufall, dass sie aktuell in vielen europäischen Ländern so erfolgreich sind.

*Wie kann man sich, gerade auch im ländlichen Raum, dieser Trends erwehren? Vielleicht auch, wenn eine aktive Zivilgesellschaft fehlt?*

Die Probleme im ländlichen Raum sind kein Naturereignis, sondern nicht zuletzt die Kehrseite einer Metropolpolitik bzw. der Orientierung an regionalen Wachstumskernen. Die Verfassungsnorm der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Artikel 72) spielt kaum noch eine Rolle. Vielmehr werden wachsende Ungleichheiten in Kauf genommen, um in einigen wenigen Regionen ökonomische Wachstumsimpulse geben zu können. Außerdem es fehlt vor Ort oft an politischen Akteuren, die dagegen halten. Das liegt auch an der DDR-Geschichte. Die eigensinnige bürgerschaftliche Beteiligung galt als bourgeois und wurde in Nischen abgedrängt. Somit ist bürgerschaftliche Beteiligung weitgehend traditionslos. Ich habe aber meine Zweifel, ob die Landesregierungen daran ein gesteigertes Interesse haben. Ein Beispiel dafür ist die zunächst gescheiterte Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Die neuen Kreise sind nach Verwaltungsrationalität und nicht nach Beteiligungsmöglichkeiten aufgebaut. Sie sind so groß, dass Partizipation drastisch erschwert ist. Dies begünstigt folgende Entwicklung: Die Politik wandert ab, kümmert sich nicht und die Ortsbürger machen die Erfahrung, dass sie selbst nichts mehr zu sagen haben. Die regionalen Wahlerfolge der NPD in Mecklenburg-Vorpommern zeigen aber, dass auch in vernachlässigten Regionen Politik gemacht werden kann. Die NPD inszeniert sich zum Beispiel als »Kümmerer« und baut eine eigene Jugendkultur auf. Warum können die ande-

ren Parteien das nicht? Sie müssen aktiv auftreten und Politik machen. Dagegen allein reicht nicht, vielmehr braucht es Perspektiven für die Menschen. Mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort muss gemeinsam über die regionale Entwicklung nachgedacht werden. Das wäre ein erster demokratischer Impuls und für den braucht es einen alternativen politischen Raum. Anstatt arrogant zu sagen: »Ok, Ihr seid abgehängt und niemand interessiert sich für Euch. Aber be-nehmt Euch bitte.« Zumindest erscheint mir die Stimmung häufig so.

*Wie könnte dieser »alternative politische Raum« aussehen?*

Kurz gesagt: Mehr Demokratie wagen. Vor allem mehr Alltagsdemokratie. In der Schule, im Betrieb und in der Kommune. Menschen müssen Selbstgestaltung und Mitwirkung erleben. Der einzige Akt der Selbstbestimmung im ländlichen Raum scheint am ehesten noch die Entscheidung zum Umzug in eine große Stadt zu sein. Das Gegenteil von dem, was heute passiert, müsste eigentlich getan werden. Nicht aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen Bildungs- und Kultureinrichtungen schließen, sondern umkehrt. Das hört sich utopisch an, aber Politik muss nicht immer trendverstärkend sein.

*Wie kann ein zivilgesellschaftlicher Akteur da ansetzen? Vor allem auch ohne das Ressentiment gegen »die da oben« zu bedienen?*

Es gibt ja gemeinsame Interessen vor Ort – gerade auch in der Freizeitgestaltung. So ärgerlich es ist, aber das macht ja auch die NPD. Eine gute Idee sind zum Beispiel Mobilitätsinitiativen. Das ist ein zentrales Problem im ländlichen Raum: Wie komme ich mit anderen Menschen zusammen? Wichtig sind zudem die Jugend- und Musikkultur. Ich erinnere mich an ein altes Bahnhofsgelände in Sachsen-Anhalt, in dem Jugendliche eigene Proberäume haben und Musik aufnehmen können. Wenn nichts los ist, muss man selbst etwas anfangen. Es braucht eine Struktur für die Jugendlichen vor Ort. Angebote müssen entwickelt und dann in sie investiert werden. Man muss ein bisschen wie ein Animator sein und dabei die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen vor Ort einbinden. In Kombination mit guter Jugendsozialarbeit kann das langfristig viel bewirken. Einen anderen Weg sehe ich nicht. Vielen Dank für das Interview!

*Das Interview führte Nora Winter  
Foto: Prof. Dr. Roland Roth, privat*

## Wessen Mus ich ess', dessen Lied ich sing?

**Mit dem Sächsischen Gutachten von Anfang Oktober hat schon das dritte Rechtsgutachten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der sogenannten Extremismusklausel angemeldet. Während damit die Gutachtenschlacht offenbar noch voll im Gange ist, mehrt und nährt sich der Widerstand gegen diesen Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit.**

Nur noch mal kurz: Worum geht es eigentlich? Stehen denn die Initiativen etwa nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung? – eine Frage, die im Westen schon in den 70ern dazu benutzt wurde Kritikerinnen und Kritiker im öffentlichen Dienst mundtot zu machen. Damals hieß das »Radikalenerlass« oder »Extremistenbeschluss« und führte zu internationaler Kritik. Die Praxis der »Berufsverbote« richtete sich nicht etwa gegen die willigen Helfenden des Nationalsozialismus, die auch nach 1945 oft weiter Karriere machten. Sie richtete sich gegen sogenannte Linksextremisten. Wiederholt sich da nicht etwas? Wird da nicht auch wieder »mit Kanonen auf Spatzen« geschossen, wie es schon 1978 Bundeskanzler Helmut Schmidt ausdrückte, als er sich für den verfehlten Erlass quasi entschuldigte.

**Irgendetwas stimmt da nicht.**

Die derzeitigen Kanonen schießen aber noch weiter: Staatlich geförderte Initiativen müssen nicht nur ihre eigene Verfassungstreue bekunden. Sie müssen auch Garantieerklärungen für Ehrenamtliche und gesellschaftliche Partner abgeben und belegen können, dass sie deren Verfassungstreue überprüft haben.



Und Initiativen, denen das nicht passt, die müssen ja keine Förderung beantragen. Im Klartext bedeutet das, Initiativen, die in täglicher Kleinarbeit der Verbräunung des Alltags mit einem Regenbogen Buntes begegnen, sollen bei ihren eigenen Mitstreiterinnen und Mitstreitern Verfassungsschutz spielen, während der Verfassungsschutz die Aufklärungsarbeit an den Schulen übernimmt. Irgendetwas stimmt doch da nicht? Es erinnert an die Gratulation der sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten zur Teilnahme von NPD und

JN-Funktionären am Zwickauer »Schwimmen für Demokratie und Toleranz«. Demokratinnen und Demokraten unter Generalverdacht und ein Neonazi posiert mit dem sächsischen Staatssekretär Michael Wilhelm für ein Gruppenfoto, um das heuchlerische Motto (Demokratie und Toleranz) ad absurdum zu führen?

**Raupen im Sauerkraut**

Was für eine sächsische Gemengelage! Was für ein Extremis-Mus. Extremis Mus wird seit Anfang Oktober auch in einer satirischen Kampagne von der Firma Klausel angeboten. Eine Miss Trauen wirbt mit Plakaten und Aufklebern für ihr »Stammprodukt« Klausels Extremis Mus,

der »Mus mit dem faden Beigeschmack« – sächsisch, bitter und geschmacklos, nach original sächsischem Rezept, und wehrt sich gegen die Konkurrenz Extremismusklausel. Das Produkt wurde am 6. Oktober 2011 auf der Pressekonferenz der Kampagne »Demokratie braucht uns« in der Amadeu Antonio Stiftung verkostet. Miss Trauen meint dazu im Netz: »Wer durch des Argwohns Brille schaut, sieht Raupen selbst im Sauerkraut!«

*Von Gabi Jaschke*

## Kein Ort für Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern 2011

**Angesichts des Wiedereinzugs der NPD in den Schweriner Landtag erscheint es mehr denn je geboten, Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Initiativen und vor allem Jugendliche für demokratische Kultur zu gewinnen. Deshalb verlängert die Amadeu Antonio Stiftung die Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern«.**

33 Prozent in Koblenz, 28,9 Prozent in Blesewitz und Postlow, 26,8 Prozent in Wilhelmsburg – Ergebnisse, wie man sie eigentlich von den etablierten Parteien vermuten würde, erreichte die NPD bei der Landtagswahl im September. Kein neues Phänomen, dennoch immer wieder erschreckend. Umso wichtiger ist es daher, der NPD und den neonazistischen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern entschieden entgegenzutreten.

### Was wurde bisher gefördert?

Ein Musikfestival, ein Theaterstück, eine Broschüre – die Projekte, mit denen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger im Nordosten der Republik gegen Neonazis wenden, zeugen immer wieder von ungemeiner Kreativität und Courage. Insgesamt elf Projekte wurden bisher im Rahmen der Kampagne gefördert, mit einer Summe von 10.526,97 €.

### LOBBI Ost e.V.: Broschüre »Gesicht zeigen!?!«

»Unser ‚Kerngeschäft‘ sind Körperverletzungen, aber wir werden immer wieder mit Situationen konfrontiert, die unterhalb der offiziellen Gewaltschwelle liegen«, erklärt Kay Bolick von LOBBI OST. Die Opferberatung LOBBI erstellt mit Unterstützung der AAS die Broschüre »Gesicht zeigen!?!«. Kay Bolick beobachtete, dass die Einschüchterung von Personen, die sich gegen rechte Gewalt engagieren, in den letzten Jahren – als strategisches Mittel der Neonazi-Szene – an Bedeutung gewonnen hat. Der Fokus der Broschüre liegt daher explizit auf Bedrohungsformen, die unterhalb der offiziellen Gewaltschwelle liegen. Hierzu gehören vermeintliche ‚Bagatelldelikte‘ wie Anfeindungen im Internet, die Störung öffentlicher Veranstaltungen oder auch Sachbeschädigungen durch Neonazis. Für das Projekt wurden betroffene Lokalpolitiker, Journalisten und Ehrenamtliche interviewt. »Gesicht zeigen!?!« versteht sich als »praktische Handreichung für Betroffene und Unterstützer« und will juristische sowie psychologische Hilfestellung leisten.

Mit Hilfe Ihrer Spende kann die Amadeu Antonio Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern auch zukünftig alle diejenigen unterstützen, die sich mutig Neonazis entgegenstellen.

Von Felix Fischaleck



## Auszüge aus der Chronik antisemitischer Vorfälle

### 23. Januar Gosen

Auf einen Bungalow im brandenburgischen Gosen ist ein offensichtlich antisemitisch motivierter Brandanschlag verübt worden. Die Polizei teilte mit, dass der Bungalow mit Brandbeschleuniger angezündet worden sei. Die Außenwand wurde mit einem roten Davidstern und dem Wort »Raus« beschmiert. Der Besitzer des Bungalows immigrierte vor Jahren aus Israel nach Deutschland und bekennt sich zum jüdischen Glauben.

### 31. März Nordhausen

Das Denkmal auf dem Ehrenfriedhof des früheren KZs Mittelbau Dora mit antisemitischen Parolen, Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

### 7. August Berlin

Ein Unbekannter beschimpfte einen jüdischen Jungen antisemitisch und schlug ihm mit einer Kunststoffstange auf den Oberarm.

### 26. August Stuttgart

Eine Gruppe von zehn Jugendlichen drangsalier einen 13-jährigen Jungen der jüdischen Gemeinde unter »Scheißjude«-Rufen so sehr, dass er im Krankenhaus behandelt werden muss.

### 18. September Pforzheim

Zwei betrunkene Männer im Alter von 63 und 32 Jahren urinieren an einen Gedenkstein am Platz der Synagoge in Pforzheim.

### 19. November Magdeburg

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr wurde ein Anschlag auf das Denkmal der alten Jüdischen Synagoge verübt. Mit schwarzer Farbe wurde »Schande« auf das Denkmal geschmiert und die davor liegenden Kränze zur Erinnerung an die Reichspogromnacht zerstört.

## Keine Entwarnung: Antisemitismus 2011



**In den ersten drei Quartalen zählte die Bundesregierung 620 antisemitische Straftaten, 15 davon waren Gewalttaten. Antisemitismus ist immer noch ein drängendes Problem in der Gesellschaft.**

Zu diesem Ergebnis kommt auch der Bericht der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission. Die Autoren um den Londoner Zeithistoriker Peter Longerich warnen vor der »tiefen Verwurzelung von klischeehaften Judenbildern und antisemitischen Einstellungen in der deutschen Kultur und Gesellschaft«. So heißt es in dem Bericht, dass etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland latent antisemitisch seien. Antisemitismus ist also kein Randphänomen von rechts, sondern bis tief in die Mitte der Gesellschaft vorhanden. Grund genug für die Amadeu Antonio Stiftung, antisemitische Vorfälle zu thematisieren und Projekte zu unterstützen, die für das Problem sensibilisieren.

### Aktionswochen gegen Antisemitismus

So finden mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen der Aktionswochen gegen Antisemitismus bundesweit hunderte Veranstaltungen zum Thema statt. In Mannheim organisiert das Projektteam gegen Antisemitismus im Stadtjugendring gleich eine ganze Reihe von Veranstaltungen: Für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es Projekttage und man diskutiert über Antisemitismus in der Alltagskommunikation unter Jugendlichen. Denn wer kennt es nicht: Auf den Schulhöfen gilt das Wort »Jude« immer noch als Schimpfwort. In Schleswig-Holstein öffnet die Gedenkstätte Ahrensböök ihre Tore und bietet Führungen durch das ehe-

malige Konzentrationslager. Und auf dem Friedhof Dillingen-Diefflen im Saarland sanieren Jugendliche die Grabsteine.

### Kontroverse in der Linkspartei

Antisemitismus hat aber noch eine andere Dimension. So war Mitte 2011 der Antisemitismus in der Linkspartei ein großes Thema. Angestoßen wurde die Diskussion durch einen Aufsatz von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt. Sie kamen zu dem Schluss, dass ein Antisemitismus unter dem Deckmantel des Antizionismus zu einer weitgehend konsensfähigen Position in der Partei geworden sei. So diskutierten am 1. Juni der Historiker Thomas Haury, Stefan Kunath, Gründungsmitglied des BAK Shalom, und Anetta Kahane in der Amadeu Antonio Stiftung über Antisemitismus in der Partei. Bezogen auf den Nahost-Konflikt positionierte man sich eindeutig auf Seiten der Palästinenserinnen und Palästinenser, so Haury, ohne zu schauen, mit wem man sich da eigentlich zusammenschließen sollte. »Dann wird die Hamas auf einmal zur Befreiungsbewegung«, sagt Haury. Die Partei müsse hier tief in sich gehen und dieses Thema ernst nehmen, betonte Kunath, selbst Mitglied der LINKEN.

### Jüdische Perspektive aufgreifen

Bei den Diskussionen um Antisemitismus kommen häufig jüdische Perspektiven zu kurz. Um dem entgegenzuwirken, unterstützte die Amadeu Antonio Stiftung das größte jüdische Volksfest, das Limmud Festival 2011 am Werbellinsee in Brandenburg. Die vielen Besucherinnen und Besucher sprachen über Antisemitismus und jüdisches Leben heute.

Von Jan Riebe



## MUT vor Ort gegen Rechtsextremismus

Von Trier bis Rathenow, vom Kampf gegen einen verurteilten NPD-Spitzenkandidaten im Stadtrat bis zu einem antirassistischen Festival im Grünen: Die stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« unterstützte auch in diesem Jahr zahlreiche Projekte, die sich lokal gegen Rechtsextremismus einsetzen, mit insgesamt 48.500 € (Stand: 21. November 2011), davon ging der Großteil der Spenden an das Aussteigerprojekt EXIT, mit fast 5.000 Euro wurden bis November 2011 Kleinprojekte unterstützt.

Bei den letzten Kommunalwahlen im Juni 2009 schaffte es die NPD mit ihrem Spitzenkandidaten Safet Babic in den Trierer Stadtrat einzuziehen. Dieser wurde im Dezember 2010 vom Landgericht Trier wegen gefährlicher Körperverletzung an drei Neonazi-Gegnerinnen und -gegner verurteilt. Aufgrund von Berufungseinlegung wurde Babic aber erst kürzlich, nach über zweijähriger Amtsausübung, aus dem Stadtrat ausgeschlossen. Das Bündnis gegen Rechts hat deshalb kurz vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 27. März mit Unterstützung der stern-Aktion die Kampagne »Trier braucht dich« veranstaltet. In Trier-West – dem Stadtteil, in dem Babic die meisten Stimmen bekam – wurde ein Bürgerfest veranstaltet sowie ein Bürgerforum, auf dem intensiv mit den Vertreterinnen und Vertretern der Parteien diskutiert werden konnte. Anlässlich eines Naziaufmarsches gab es eine erfolgreiche Gegendemo mit 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern: »Die 80 Nazis, die hier groß marschieren wollten, sind ganz deprimiert wieder nach Hause gefahren«, erzählte die Sprecherin des Bündnisses.

### Laut und Bunt – und riesig!

Am 23. Juli fand das von der Antonio Amadeu Stiftung unterstützte »Laut & Bunt«-Festival zum vierten Mal statt. In diesem Jahr kamen rund 1000 Besucher – ein riesiger Erfolg! Mit »The Tenderfoot Blues United« aus Ungarn und »YOG« aus der Schweiz spielten diesmal auch internationale Bands. Seit 2008 setzt das Festival einen Kontrapunkt zum wachsenden Rechtsextremismus in Rathenow, dessen Ideologien mangels interessanter Angebote vor allem Jugendliche verfallen. Auch im Projekt »BAFF – Bands auf festen Füßen« der evangelischen Gemeinde Joachimsthal im Landkreis Barnim wird Musik zum Abbau von Vorurteilen genutzt. Die stern-Aktion ist langjährige Unterstützerin und fördert dieses Jahr das Konzert »Jugend im Advent«. Das Projekt wirkt rassistischen Tendenzen unter den Jugendlichen der Kirchengemeinde durch aktives Musizieren in mehreren Bands entgegen.

### Selbstreflexion rassistischer Denkmuster

Die stern-Aktion unterstützte auch den DJR Jena e.V. und den Phönix e.V. bei der Durchführung zweier intensiver Antirassismus-Trainings mit Pädagoginnen und Pädagogen aus der Jugendbildungsarbeit. Im Workshop ging es um Rassismus auf der persönlichen und der strukturellen Ebene. »Dass man selbst rassistische Denk- und Gefühlsmuster hat, muss analysiert und hinterfragt werden«, so Marie Günther vom DJR Jena. Basierend auf Selbstreflexion und Perspektivenwechsel wurden Strategien überlegt, um die neu gewonnenen Erkenntnisse in der Jugendbildungsarbeit umzusetzen.

Von Mia Wolf



## MUTIGE PROJEKTE UNTERSTÜTZEN

SPENDENKONTO »MUT GEGEN RECHTE GEWALT«  
DEUTSCHE BANK BENSHEIM  
BLZ 50970004 KONTO 030 331 329

## 182 Todesopfer

Die Liste der Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990 wurde überarbeitet und erreichte die erschreckend hohe Zahl 182. Die Täterinnen und Täter waren oft in rechtsextremen Gruppen organisiert. Viele handelten unorganisiert, auf Grundlage eines rechten Weltbilds. Letztere Fälle werden in der »Statistik zu Todesopfern rechter Gewalt« der Bundesregierung nicht erfasst, was zu einer enormen Differenz zwischen dieser und den von der Stiftung ermittelten Opferzahlen führt. So hält die Bundesregierung an der Zahl von 47 Todesopfern fest. Gerade die rassistische Mordserie zeigt jedoch, wie wichtig es ist, rechte Gewalt also solche zu erkennen. Auch an der öffentlichen Wahrnehmung muss gearbeitet werden. Die von dem Trio begangenen Morde werden in den Medien als »Döner-Morde« heruntergespielt, die Opfer und deren Angehörige so abgewertet. Der Rassismus, der zum Tod der neun Opfer führte, reproduziert sich so im Reden über die Morde.



## »Das darf keine einmalige Sache sein«

50.000 Menschen fanden am 2. Dezember den Weg nach Jena und rockten mit Udo Lindenberg und Peter Maffay gegen rechte Gewalt. Es gehe vor allem um dauerhaftes Engagement, betonten Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen.

»Wir wollen ermutigen«, eröffnete Albrecht Schröter, Oberbürgermeister von Jena, das Konzert. Trotz Regen fanden 50.000 Menschen den Weg zur Jenaer Oberaue – zum Konzert »Rock gegen rechte Gewalt« mit Udo Lindenberg, Peter Maffay, Clueso und vielen anderen Künstlerinnen und Künstlern. Ganz spontan und ohne Gage haben sie sich wie selbstverständlich bereit erklärt, gegen rechte Gewalt auf die Bühne zu gehen und die Menschen, die sich engagieren, zu ermutigen. »Es ist beeindruckend, in welcher kurzen Zeit das Konzert zustande gekommen ist«, so der Bürgermeister. Auch Jürgen Trittin (Grüne) fand anerkennende Worte: »Alle Achtung, sowas so schnell auf die Beine zu stellen.«

### Haltung zeigen

»Als ich die Nachrichten über die Zwickauer Zelle hörte war ich schockiert, wütend, aber auch traurig«, sagte Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht. Umso wichtiger seien die vielen Menschen, die sich engagieren. »Künstler haben Vorbildcharakter und begeistern«, so Lieberknecht. Das Konzert ist »ein Signal, das wir gemeinsam setzen wollen und auch müssen.« »Es ist ein Thema, das bleibt«, sagte Udo Lindenberg. »Die Leute, die heute kommen, zeigen Haltung«, betonte er.

### Aufklärung und NPD-Verbot

»Es ist viel zu tun in unserem Land. Mit diesem braunen Ungeist muss konsequenter umgegangen werden«, forderte Sigmar Gabriel (SPD). Ähnlich sieht es auch Peter Maffay und fordert Aufklärung: »Wir müssen uns fragen, wie weit die Verästelungen dieser Zelle gehen.« Auch einem NPD-Verbot stimmten die Anwesenden zu.

### Sensibilisierung bei Polizei, Justiz und Verwaltung

»Wir werden bei dem Konzert vor allem an die Opfer und ihre Angehörigen denken«, betonte Gabriel. Um sie gehe es. So betonten viele zwar das Image Thüringens und Jena. »Doch darum geht es nicht. Sich in solch einer Situation um das Image Gedanken zu machen, ist unanständig«, sagte Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung. So sehen es auch Vertreterinnen der Initiativen. »Das darf keine einmalige Sache sein. Es geht vor allem um die Alltagsreaktion«, sagte Christina Büttner von der thüringischen Opferberatung ezra. »Bei den Gerichten muss sich etwas ändern. Die Hintergründe von Taten müssen gesehen und einbezogen werden.« »Wir brauchen eine wirkliche Sensibilisierung bei Justiz, Polizei und Verwaltung«, forderte auch Madeleine Henfling, von den thüringischen Grünen: »Demokratie muss im Alltag stattfinden – vor allem auch an Schulen müssen demokratische Strukturen Einzug finden.«

Von Nora Winter

## Die Arbeit des Opferfonds CURA

**Der Opferfonds CURA hat es sich zur Aufgabe gemacht, Opfer von rassistischer, rechtsextremer oder antisemitischer Gewalt finanziell zu unterstützen. Durch die rassistische Mordserie gibt es nun viele Betroffene, die mit einer Retraumatisierung kämpfen und uns um Hilfe für Behandlungen bitten oder um eine Unterstützung für eine Nebenklage ersuchen.**

Im Zusammenhang mit der aktuellen Mordserie wollen mehrere Angehörige eine Nebenklage führen, um Einblicke in die Untersuchungen zu bekommen. Sie haben nicht mehr viel Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden. Andere Familien haben aufgrund der aktuellen Situation Angst um Leib und Leben, trauen sich nicht mehr aus dem Haus und behalten ihre Kinder zuhause. Die rechte Szene feiert gerade in Sachsen und Thüringen das Mördertrio als Helden des »Nationalen Widerstandes«. In diesem Jahr hat der Opferfonds CURA bisher in 16 Fällen Betroffenen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt mit insgesamt 11.008 Euro geholfen.

**Im letzten Jahr sind vor allem die folgenden Fälle, auch für die Mitarbeiter von CURA, prägend gewesen:** Nach dem Mord an Kamal Kilade ist für die Familie die wahrscheinlich schlimmste Zeit ihres Lebens angebrochen. Die Mutter ist mit ihren Kindern einst aus dem Irak geflohen, damit ihre Kinder »in einer sicheren Gesellschaft leben, der

die Sprache des Krieges und des Blutes nicht bekannt ist«. Dieser Traum ist in der Nacht zum 24. Oktober 2010 auf die grausamste Art beendet worden: Kamal wurde ermordet.

Die Familie ist nach dem Mord vollkommen zerstört. Der kleine Bruder traut sich seit dem Mord nicht mehr auf die Straße. Zu groß ist die Angst, dass auch er getötet werden könnte. Der andere, ältere Bruder hat all seine sozialen Kontakte abgebrochen, sich vollkommen in sich gekehrt. Dass die Richter den rassistischen Hintergrund erkannten, vermag hier kein Trost zu sein und auch nicht, dass über 500 Menschen an der Trauerfeier teilnahmen. Denn draußen standen wieder die Neonazis und ließen Kamal nicht einmal im Tod seine Ruhe.

Der Opferfonds CURA hilft finanziell, damit die Familie umziehen und so zumindest versuchen kann, noch einmal von vorne zu beginnen.

### Rechtsextremer Brandanschlag in Berlin-Neukölln

In einem weiteren Fall gewährte der Opferfonds CURA dem Kreisverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands, »Die Falken«, in Berlin-Neukölln Soforthilfe nach einem schweren Brandanschlag auf das Vereinshaus in der Nacht zum 27. Juni. »Das gesamte Haus ist durch den Brand betroffen, ein Großteil der Einrichtung ist unbenutzbar geworden«, sagt Andrew Walde, Gruppenleiter der Falken, »aber zum Glück wurde niemand verletzt.« Nur 24 Stunden vor dem Anschlag auf die Jugendeinrichtung hatte er hier mit zehn Kindern zwischen

6 und 10 Jahren übernachtet. Eine Woche zuvor war eine Jugendgruppe aus Israel zu Gast. Verletzt wurde niemand, aber alleine bei diesem Anschlag ist ein Sachschaden von mehreren zehntausend Euro entstanden. In der gleichen Nacht wurden in Berlin noch fünf weitere linke oder alternative Einrichtungen Opfer von Übergriffen.

### Antisemitische Übergriffe im Barnim

Auch die Jüdische Gemeinde im Barnim benötigte die Hilfe des Opferfonds CURA, werden sie doch schon seit Monaten zur Zielscheibe antisemitischer Angriffe. So wurde Diana Sandler, die Vorsitzende, beim gemeinsamen Spaziergang mit ihrem Sohn von zwei Personen mit »Juden raus!« beschimpft, ihr Sohn sogar durch einen Tritt in den Magen verletzt. Auch die Schaufensterscheiben des Gemeindehauses wurden eingeschmissen. Als Bekenntnis war ein Hakenkreuz in den Briefkasten eingeritzt. Andere Gemeindemitglieder wurden ebenfalls mit »Juden raus!« beschimpft.

»Ich reagiere mit großer Angst auf die Ereignisse in unserer Gesellschaft und bin darüber schockiert, dass in einem demokratischen Land mit der Vorgeschichte des Holocausts immer noch so offener Antisemitismus möglich ist«, so Sandler. Das Gefühl der Angst macht sich in der gesamten Gemeinde breit. Um künftig besser gewappnet zu sein, unterstützte der Opferfonds CURA die Jüdische Gemeinde bei der Finanzierung einer Sicherheitsanlage.

Von Ernst Sommer



Fotos: Anton-Schmaus-Haus, Berlin, c



## »Ich war tief erschüttert«



**Ursula Kinkel, die Ehefrau des damaligen Bundesaußenministers Klaus Kinkel, gründete 1993 den Verein »Aktion CURA« aus dem 2004 der heutige Opferfonds CURA entstand. Wir sprachen mit ihr über die Beweggründe für ihr Engagement.**

*Was waren für Sie persönlich Gründe, sich mit dem Problem Rechtsextremismus zu befassen?*

Rechtsextremismus war immer ein Thema, das mich sehr beschäftigt hat. Ich gehöre zu der Generation, deren Eltern sich im Dritten Reich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, aber auch »arrangieren« mussten. Da gab es viele Fragen, zumal während meiner gesamten Schulzeit bis zum Abitur 1959 das Thema im Geschichtsunterricht ausgeklammert wurde. Ich erinnere mich noch gut, wie die ersten »Gastarbeiter« zu uns ins Land kamen, die zunächst dringend gebraucht und willkommen, später teilweise beargwöhnt, von manchen mit Misstrauen betrachtet und in eine »Ghetto-ähnliche« Situation gedrängt wurden. Und dies alles zu einer Zeit, in der in der Bundesrepublik das Unrecht des Nationalsozialismus noch nicht einmal aufgearbeitet worden war. Das Erstarken rechtsextremer Bewegungen, Anschläge auf ausländische Mitbürger, die oft gar nicht als »Mitbürger« angesehen wurden, haben mich sehr bewegt und beschäftigt.

*Diese Gründe waren auch ausschlaggebend für die Gründung des Opferfonds CURA?*

Als Ehefrau des Bundesaußenministers hatte ich die Idee und die Chance, 1993 den Verein »Aktion CURA« zu gründen, um Opfern rechtsextremer Gewalt zu helfen. Große

Unterstützung erhielt ich von der damaligen Ausländerbeauftragten der Bundesrepublik, Cornelia Schmalz-Jacobsen. Der Name meines Mannes ermöglichte mir den Zugang zu großzügigen Sponsoren. Anfang der 1990er Jahre gab es sehr viele grausame Anschläge mit rechtsextremem Hintergrund, man denke nur an Mölln und die Familie Arslan, Solingen und die Familie Genc, Mahlow und Herrn Noel Martin und natürlich Eberswalde und den Mord an Amadeu Antonio. Mein Besuch bei Familie Genc in Solingen direkt nach dem schrecklichen Anschlag hatte mich tief erschüttert, ebenso der Besuch bei dem querschnittgelähmten Noel Martin in Birmingham. Mir war klar, dass materielle Hilfe zwar notwendig, viel wichtiger aber das Umdenken in den Köpfen der Menschen war.

*Was würden Sie sich noch von der Zivilgesellschaft und von den politischen Akteuren wünschen?*

Von der Zivilgesellschaft würde ich mir wünschen, dass unsere Vergangenheit mehr in den Köpfen der Menschen präsent ist und ein »Nie wieder« das Motto für unsere Gesellschaft bleibt. Wir haben ein wunderbares Grundgesetz, in dessen Artikeln 1-5 alles geschrieben steht, was die Menschenwürde, die Menschenrechte und die persönliche Freiheit für alle Menschen in unserem Land ausmacht. Von den politischen Akteuren erwarte ich, dass sie in ihrer Aufmerksamkeit für rechtsextreme Tendenzen nicht nachlassen und alles tun, um mitzuhelfen, dass Rechtsextremismus und Rassismus in unserem Land keine Chance haben. Dies gilt im Übrigen genauso für den Linksextremismus und Terrorismus, egal aus welcher Ecke er kommt.

*Unter den Eindrücken des NSU-Terrors stellt sich nun die dringende Frage nach der Unterstützung der Hinterbliebenen nach einem Tötungsdelikt. Was denken Sie, wie kann den Hinterbliebenen finanziell, moralisch und staatlich geholfen werden?*

Die aktuellen Erkenntnisse über die von NSU-Mitgliedern verübten Morde sind erschreckend. Gerade im Hinblick auf das offensichtliche Versagen der staatlichen Behörden müssen die Opfer in erster Linie finanzielle Entschädigung vom Staat erhalten; dies ist ja auch der Fall. Die seelischen Schäden, der Verlust von Angehörigen und Demütigungen sind allerdings durch Geld allein nicht wieder gut zu machen. Die Opfer brauchen die Solidarität des Staates und unserer Gesellschaft. Wir müssen ihnen deutlich zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen und Rechtsterrorismus nicht dulden.

*Wo sehen Sie Aufarbeitungsbedarf auf der staatlichen Seite?*

Der Staat muss schonungslos eigenes Versagen aufdecken und die notwendigen Konsequenzen ziehen, das heißt, die Richtlinien für die Sicherheitsbehörden überdenken und eventuell entsprechend ändern.

*Gibt es noch etwas, was Sie von Ihrer Seite aus anmerken wollen?*

Dass CURA ein bisschen dazu beitragen konnte, Gewalt und Unrecht gegenüber unseren Mitbürgern wieder gutzumachen, war für mich wichtig. Dankbar bin ich dafür, dass ich im Jahre 2004 die Hilfsorganisation in die kompetenten Hände der Amadeu Antonio Stiftung übergeben konnte, die eine hervorragende Aufklärungsarbeit leistet und deren Opferfonds CURA weiterhin Opfer von Rassismus betreut. Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Fabian Sieber  
Foto: Ursula Kinkel, privat

**IHRE SPENDE FÜR DEN OPFERFONDS CURA**

**SPENDENKONTO DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG:  
DEUTSCHE BANK BENSHEIM  
BLZ 50970004 KONTO 030331300**

## ... bei Sibylle Berg



**Ist die Problematik der »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« für Sie persönlich und in Ihrem literarischen Werk von Relevanz?**

Sicher, die Dummheit ist eines meiner Hauptuntersuchungsfelder. Die Menschen lieben es, einander zu hassen. Dabei gibt es keine Unterschiede weder Geschlecht, noch Religion, noch sexuelle Präferenz unterscheidet den Menschen, sondern einzig seine Intelligenz.

**Was denken Sie über die Aufdeckung der rassistischen Mordserie in Deutschland? Warum konnten Neonazis jahrelang morden – ungehindert von den Ermittlungsbehörden?**

Wie das ging, weiß ich auch nicht, wer steckt schon in Nazis. Ich glaube nur, dass eventuell Neonazis von Staatsapparaten wegen weniger ernst genommen werden könnten – merken Sie die Behutsamkeit in der Formulierung – als eventuell linke Terroristen. Im Gegensatz zu denen, die sich ja eher Wirtschaftsbosse als Opfer wählen, gehen Nazis ja gegen Ausländer vor. Sind sie daher vielleicht, vorsichtige Formulierung, weniger bedrohlich für einen Staat?

**Mit no-nazi.net hat die Stiftung gerade ein Projekt gegen menschenfeindliche Inhalte im Internet gestartet. Was würden Sie raten, wie sollte man sich im Internet gegenüber »hasserfüllten« Kommentaren verhalten?**

Löschen, Hacken. Sprengen.

**Mit ihren rassistischen Kampagnen hat die als rechtspopulistisch geltende Schweizerische Volkspartei (SVP) in den letzten Jahren für viel Diskussionsstoff gesorgt. Wie beurteilen Sie dies als Wahlschweizerin?**

Die SVP holt den Bürger ganz unten ab, in seiner Angst. Dabei ist es relativ austauschbar ob die Angst vor dem Ausländer, dem Araber dem Juden, dem Schwulen propagiert wird. Es wäre viel interessanter an den Mut der Menschen zu appellieren, besonders in der Schweiz, in der es relativ viele mutige Bürger gäbe, die nicht sehr obrigkeitshörig sind. Schade. Und langweilig.

**Wie erleben Sie das gesellschaftliche Miteinander in Deutschlands Nachbarland?**

Es fällt auf, dass die Straßen der Schweiz wirklich sehr viel bunter wirken, als in Deutschland. Von seltsamen Hasskampagnen gegen Deutsche erlebte ich die Schweiz als Hochform der menschenmöglichen Toleranz gegen andere. Mehr ist ihm wohl nicht gegeben. Auch da hat die SVP einen gewaltigen Rückschritt erreicht.

**Vielen Dank für das Interview.**

*Das Interview führte Felix Fischaleck*

*Foto: Sibylle Berg, von Katja Hoffmann, c*

**Die Romanautorin und Essayistin Sibylle Berg ist bekannt für ihre provokanten Statements. Wir fragten, was sie von Neonazis hält.**

**Wie wir erfreut zur Kenntnis nahmen, haben Sie auf ihrem Twitter-Profil einen von unserer Stiftung veranstalteten Workshop zu israelbezogenem Antisemitismus empfohlen. Welche Bedeutung hat das Thema für sie persönlich?**

Israel hat zum einen eine familiäre Wichtigkeit für mich, zum anderen finde ich, dass jeder Europäer der die Geschichte des Landes studiert, das Land unterstützen muss. Es geht gar nicht anders, wenn man bei Verstand ist. Das heißt nicht, dass Israel nicht eventuell intern Probleme hätte, man nicht die Politik hinterfragen kann, aber das kann man in jeder Demokratie tun.

## IHRE SPENDE HILFT!

Nach der Aufdeckung der rassistischen Mordserie ist das Entsetzen groß. Die erfolglosen Ermittlungen und die unklare Verwicklung des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der Mordserie durch das Zwickauer Neonazi-Trio zeigen, dass der Staat seiner Schutzfunktion nur unzureichend nachkommen kann und Neonazis nach wie vor das Leben von Menschen bedrohen. Umso wichtiger ist es daher, die Zivilgesellschaft zu stärken und engagierte Menschen vor Ort zu ermutigen und zu unterstützen. Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie die nachhaltige Förderung von demokratischer Kultur.

**Spendenkonto der Amadeu Antonio Stiftung  
Deutsche Bank Bensheim BLZ 50970004 Konto 030331300**

## I M P R E S S U M

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung  
Linienstraße 139, 10115 Berlin  
Redaktion: Sarah Schulz  
Mitarbeit: Felix Fischaleck, Anetta Kahane (Vi.S.d.P.), Robert Lüdecke, Thomas Olsen, Linda Polónyj, Timo Reinfank, Fabian Sieber und Nora Winter  
Gestaltung:  Design, Berlin  
Druck: BildrDruck GmbH, Berlin  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem FSC-Papier  
© Amadeu Antonio Stiftung, Dezember 2011